

Schriften zur Rechtsgeschichte

Heft 84

**Der Königlich
Preußische Literarische
Sachverständigen-Verein in den
Jahren 1838 bis 1870**

Von

Rainer Nomine



Duncker & Humblot · Berlin

RAINER NOMINE

Der Königlich Preußische Literarische Sachverständigen-Verein
in den Jahren 1838 bis 1870

Schriften zur Rechtsgeschichte

Heft 84

Der Königlich Preußische Literarische Sachverständigen-Verein in den Jahren 1838 bis 1870

Von

Rainer Nomine



Duncker & Humblot · Berlin

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Nomine, Rainer:

Der Königlich Preußische Literarische Sachverständigen-Verein in den Jahren
1838 bis 1870 / Rainer Nomine. – Berlin : Duncker und Humblot, 2001

(Schriften zur Rechtsgeschichte ; H. 84)

Zugl.: Saarbrücken, Univ., Diss., 2000

ISBN 3-428-10289-4

Alle Rechte vorbehalten

© 2001 Duncker & Humblot GmbH, Berlin


Fremddatenübernahme: Klaus-Dieter Voigt, Berlin

Druck: Color-Druck Dorfi GmbH, Berlin

Printed in Germany

ISSN 0720-7379

ISBN 3-428-10289-4

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 

Für Susanne

Vorwort

Die vorliegende Arbeit hat die Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Universität Saarbrücken im Sommersemester 2000 als Dissertation angenommen.

Die Beschäftigung mit der Geschichte des Königlich Preußischen Literarischen Sachverständigen-Vereins vermittelt eine neue Sicht auf das Werden des deutschen Urheberrechts im 19. Jahrhundert. Dies hat mein akademischer Lehrer, Herr Univ.-Professor Dr. Elmar Wadle, erkannt, dem ich an dieser Stelle für den entsprechenden Hinweis und die überaus freundliche Betreuung meiner Schrift danken möchte. Mein Dank gilt auch meiner Familie, insbesondere meiner Frau Susanne, die die jahrelange vorbereitende Tätigkeit in den Berliner Archiven unterstützt hat. Danken möchte ich schließlich meinem Freund, Herrn Privatdozent Dr. Reinhold Heckmann, der sich – ohne Jurist zu sein – die Mühe gemacht hat, die Arbeit zu redigieren.

Lübben/Spreewald, März 2001

Rainer Nomine

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	17
-------------------------	----

Teil I

Die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Tätigkeit des Königlich Preußischen Literarischen Sachverständigen-Vereins

I.	Das „Gesetz zum Schutze des Eigenthums an Werken der Wissenschaft und Kunst gegen Nachdruck und Nachbildung vom 11. Juni 1837“	26
1.	Gegenstand und Bedeutung der Norm	26
2.	Der Nachdruck als „Vergehen“	33
a)	Die Schutzmittel	34
b)	Vorsatz, Fahrlässigkeit oder Zufall?	36
3.	Sedes materiae: § 17 des Gesetzes von 1837 im geschichtlichen Kontext	37
a)	Hinführung	37
b)	Das Werden der Vorschrift	45
aa)	Ursachen und Bedingungen	45
bb)	Der grundlegende Beitrag des preußischen Außenministeriums	47
cc)	Die Ergebnisse der weiteren „commissarischen Berathungen“ vom 5. März bis zum 27. April 1836 und deren Behandlung durch das Staatsministerium	54
dd)	Der Entwurf der Abteilungen des Staatsrats	58
ee)	Das Plenum des Staatsrats	63
ff)	Die Fassungskommission	64
II.	Änderungen und Ergänzungen des Gesetzes vom 11. Juni 1837	66
1.	Die Verordnung vom 5. Juli 1844	66
2.	Das Gesetz vom 20. Februar 1854	73
III.	Die Beschlüsse der Deutschen Bundesversammlung	74
1.	Der Bundesbeschluß vom 9. November 1837	74
2.	Die Bundesbeschlüsse vom 22. April 1841, 19. Juni 1845, 6. November 1856 und die Beschlüsse zur Privilegierung der Werke Schillers, Goethes, Richters, Wielands und Herders	75
IV.	Die Staatsverträge	78

V.	Die Instruktion vom 15. Mai 1838 zur Bildung der in den §§ 17 und 31 des Gesetzes von 1837 erwähnten Vereine von Sachverständigen	79
VI.	Der Nachdruckprozeß vor dem Hintergrund des allgemeinen preußischen Verfahrensrechts	91
1.	Die „Criminal=Ordnung vom 11. Dezember 1805“ und die „Allgemeine Gerichtsordnung für die Preußischen Staaten vom 6. Juli 1793“	93
a)	Die fiskalische Untersuchung	94
b)	Die Entscheidung über den Schadenersatzanspruch in der fiskalischen Untersuchung	97
2.	Das „Gesetz, betreffend das Verfahren in den bei dem Kammergericht und dem Kriminalgericht zu Berlin zu führenden Untersuchungen. Vom 17. Juli 1846“, und die „Verordnung über die Einführung des mündlichen und öffentlichen Verfahrens mit Geschworenen in Untersuchungssachen, vom 3. Januar 1849“	100
a)	Der Wegfall des Fiskalprozesses	100
b)	Die Behandlung des Schadenersatzanspruchs nach dem Ende des Fiskalprozesses	102
3.	Die Circular-Rescripte des Ministers des Innern und der Polizei vom 14. März 1837 und 26. März 1838	105

Teil 2

Die tatsächlichen Umstände der Vereinstätigkeit

I.	Gründung und Gründungsmitglieder	116
II.	Die Herstellung der Arbeitsfähigkeit und Erstattung des ersten Gutachtens	128
III.	Wandel und Kontinuität: Die Zusammensetzung des Vereins bis 1870	137
1.	Dauer und Ende einer Mitgliedschaft	137
2.	Die Neubesetzung verwaister Stellen und die Aufnahme zusätzlicher Vereinsmitglieder	145
a)	Grundsätzliches	145
b)	Ausgewählte Personalia	147
aa)	Die Umsetzung einzelner Vorschläge der Vereinsführung	147
bb)	Die „Beförderung nach Anciennität“	153
cc)	Eigene Personalvorschläge des Kultusministeriums	153
dd)	Die Vergabe der Funktionsstellen	155
IV.	Das „Vereinsleben“	157
1.	Der Gang der Geschäfte im allgemeinen	157
a)	Die gerichtliche Requisition	158
b)	Die Behandlung der gerichtlichen Requisition	163
2.	Die Kosten der Vereinstätigkeit	172
a)	Aufwendungen für die Infrastruktur des Vereins	172

b)	Die Vergütung der Tätigkeit des Vorsitzenden und der Mitglieder . .	179
aa)	Die Entschädigung der Mitglieder	179
bb)	Die Besoldung des Vorsitzenden	184
3.	Die Stellung des Vereins zu den Gerichtsbehörden und Staatsanwaltschaften und der Kampf um den „status causae et controversiae“	187
a)	Bindende Wirkung der Gutachten?	187
b)	Die Instrumentalisierung der „Form“-vorschriften der staatsministerialen Instruktion von 1838	194
aa)	Die „Vorlegung der zu vergleichenden Gegenstände“	195
bb)	Der status causae et controversiae	196
(1)	Die erste Phase der Auseinandersetzung und der Erlaß der „Allgemeinen Verfügung – betreffend das Verfahren bei Einholung der Gutachten der Sachverständigen=Vereine bei Untersuchungen wegen Nachdrucks etc.“	198
(2)	Die Streitigkeiten der Jahre 1853 bis 1859 und die „Allgemeinverfügung – betreffend das Verfahren bei Einholung der Gutachten der Sachverständigen=Vereine in Untersuchungen wegen Nachdrucks und unbefugter Nachbildung vom 11. September 1858“	216
(3)	Die 1860er Jahre	222
(4)	Die Pflicht zur Vorlage einer beglaubigten Abschrift des status causae et controversiae	230
c)	Belehrende Hinweise	231

Teil 3

Die materielle Vereinstätigkeit

I.	Die Gutachten nach § 17 des Gesetzes von 1837	234
1.	Die behandelten Fragestellungen	234
a)	Nachdruck oder unerlaubter Abdruck?	240
aa)	Die „Objekte des Rechtsschutzes“	241
bb)	Die „subjektive Berechtigung der Autoren“ und die Fragen des subjektiven Nachdrucktatbestandes	245
cc)	Die eigentliche Nachdrucksfrage	249
b)	Betrag der Entschädigung?	253
2.	Causae célèbres	254
a)	Professor Dr. Lachmann wider die Eigentümer der Voßschen Buchhandlung	254
b)	Die fiskalische Untersuchungssache wider Mansfeldt	261
c)	Die fiskalische Untersuchungssache wider Mittler	273
3.	Die Entstehung der Sammlungen	293
II.	Anderweite gutachterliche Tätigkeiten des Vereins	304

1. Vor- und außergerichtliche Streitfälle	304
2. Der Verein als Schiedsrichter und Gutachter für nicht-preußische Gerichte	306
III. Der Verein als Berater in Fragen der Rechtspolitik	307
1. Der Entwurf eines Gesetzes über den Verlagsvertrag	308
2. Der Schutz von Briefen. Die Sicherung der Alt-Verlagsrechte	316
a) Der Abdruck von Privatbriefen	316
b) Die Deklaration des § 35	319
3. Das Gesetz vom 20. Februar 1854	319
4. Die Prüfung der Bundesgesetzgebung	321
5. Der Beitrag des Vereins zu den preußischen Literaturkonventionen seit 1863	328
a) Die preußisch-französische Literaturkonvention	329
b) Der Beitrag des Vereins zur Übereinkunft zwischen Preußen und Belgien vom 28. März 1863	337
c) Preußisch-schweizerische Verhandlungen	339
Zusammenfassung	343

Anhang I

Urheber und Werke: Liste der Mitglieder des Königlich Preussischen Literarischen Sachverständigen-Vereins bis Dezember 1870

Zusammenstellung der bis dahin erstatteten Gutachten und gefaßten Beschlüsse. Zeittafel	354
---	-----

Anhang II

Dramatis personae	459
Quellen und Literatur	473
1. Ungedruckte Quellen	473
2. Gedruckte Quellen	479
a) Gesetze, Verordnungen, Publikationspatente, Verfügungen	479
b) Gerichtliche Erkenntnisse	485
3. Literatur	488
Verzeichnis der im Wortlaut aufgeführten Normen	512
Sachwortverzeichnis	516
Personen-/Namensverzeichnis	523

Abkürzungsverzeichnis

Die Siglen der ungedruckten Quellen siehe unten bei „Quellen und Literatur“.

ABHB	Organ des Deutschen Buchhandels oder Allgemeines Buchhändler-Börsenblatt
Abt.	Abteilung
ADB	Allgemeine Deutsche Biographie
allg.	allgemein
Allg. Deutsche SchriftstellerV	Allgemeine Deutsche Schriftstellervereinigung
A.L.R.	Allgemeines Landrecht für die Preußischen Staaten von 1794
amtl.	amtlich
Anh.	Anhang
Archiv	Archiv des Criminalrechts. Neue Folge.
Art. SVV	Artistischer Sachverständigen-Verein
ausdr.	ausdrücklich
AußenM	Außenministerium
außerordentl.	außerordentlich
BD	Buchdrucker
Bd.	Band
BH	Buchhändler
Bl.	Blatt
BMJ	Bundesministerium der Justiz
BörsenV	Börsenverein (der Deutschen Buchhändler)
BV	Bundesversammlung
CivilK	Civil-Kabinet
CO	Criminalordnung
Cp	Copialien
DBE	Deutsche Biographische Enzyklopädie
dt.	deutsch
Einf.	Einführung
Einl.	Einleitung
Erk.	Erkenntnis
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
Fn.	Fußnote
FU	Fiskalische Untersuchung, Fiskalische Untersuchungssache
G	Gesetz
GA	Gutachten

GArchiv	Archiv für Preußisches Strafrecht, Herausgegeben durch Golt-dammer, Berlin
GB	Großbritannien
GE, GesetzE	Gesetzentwurf
Geh.	Geheim(er)
geistl.	geistlich
GeschmMR	Geschmacksmusterrecht
Gewerblicher SVV	Gewerblicher Sachverständigen-Verein
gg.	gegen
GStA	Geheimes Staatsarchiv
GStA PK	Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin
HA	Hauptabteilung
HandelsM	Handelsministerium
iHv	in Höhe von
Inh.	Inhaber
InnenM	Innenministerium
Jg.	Jahrgang
JMinBl.	Justiz-Ministerial-Blatt
JR	Justizrat
JustizM	Justizministerium
JustizM Rev.	Justizministerium zur Revision der Gesetzgebung
JW	Juristische Wochenschrift für die Preußischen Staaten
KriegsM	Kriegsministerium
KultusM	Kultusministerium
Künstl. SVK	Künstlerische Sachverständigen-Kammer
Lit. SVK	Literarische Sachverständigen-Kammer
Lit. SVV	Literarischer Sachverständigen-Verein
LS	Leitsatz
MBldiV	Ministerial-Blatt der inneren Verwaltung
Mus. SVV	Musikalischer Sachverständigen-Verein
NB	Nachbildung
ND	Nachdruck
NDB	Neue Deutsche Biographie
norddt.	norddeutsch
OFinanzR	Oberfinanzrat
OJR	Oberjustizrat
OLG	Oberlandesgericht
ordentl.	ordentlich
ORRat	Oberregierungsrat
OT	Geheimes Obertribunal
OZensurK	Oberzensurkollegium
PBV	Protokolle BV
photogr.	photographisch

Photogr. SVK	Photographische Sachverständigen-Kammer
preuß.	preußisch
Preuß. JustizMinBl.	Justiz-Ministerial-Blatt für die Preußische Gesetzgebung und Rechtspflege
PZ	Allgemeine Preßzeitung
ReferentenE	Referentenentwurf
ReichsjustizM	Reichsjustizministerium
Rep.	Repositur
Rn.	Randnummer
RRat	Regierungsrat
RS	Rückseite
Sekt.	Sektion
Sgr.	Silbergroschen
sog.	sogenannt
StA	Staatsanwaltschaft, Staatsanwalt
StaatsM	Staatsministerium
StaatsR	Staatsrat
StGB	Strafgesetzbuch
SV	Sachverständiger
SVK	Sachverständigen-Kammer
SVV	Sachverständigen-Verein
Thlr.	Thaler
Tit.	Titel
UFTA	Archiv für Urheber- Film- Funk- und Theaterrecht
UrhR	Urheberrecht
UrhRG	Urheberrechtsgesetz
US	Untersuchungssache
VBH	Verlagsbuchhändler
VM	Vereinsmitglied
VO	Verordnung
Vors.	Vorsitzender
VorU	Voruntersuchung
VS	Vorderseite

Einleitung

Am 11. Juni 1837 unterfertigte Friedrich Wilhelm III. von Preußen¹ das „Gesetz zum Schutze des Eigenthums an Werken der Wissenschaft und Kunst gegen Nachdruck und Nachbildung“.² Der König, der eine die entsprechenden Regelwerke des Deutschen Bundes und seiner übrigen Mitgliedsstaaten weit überragende Norm erließ, bezeichnete damit ohne weiteres den Beginn der modernen deutschen Urheberrechtsgesetzgebung.³

Beispiellos standen seinerzeit nicht nur zahlreiche materielle Bestimmungen des Gesetzes da, zunächst einzig war auch eine Vorschrift, die den Ablauf des (Straf-)Prozesses um die Beeinträchtigung und Durchsetzung von Urheberrechten betraf und diesen um ein noch heute verblüffendes Element bereicherte: Der Richter in Nachdruckssachen war fürderhin im Zweifel gehalten, neben den üblichen Beteiligten auch sogenannte „Sachverständigen-Vereine“ in das vor ihm ablaufende Verfahren einzubinden, Honoratioren-Kollegien, die alsbald die einflußreichsten preußischen Verleger, Buch- und Musikalienhändler, Schriftsteller und Künstler vereinigten. Das neue Recht verschaffte damit einer Oberschicht der eigentlichen Normadressaten direkten Einfluß auf die Behandlung zahlreicher in Preußen ausgefochtener Urheberrechtsstreitigkeiten.

In diesem Zusammenhang verfügte es kurz und bündig:

„§. 17. Scheint es dem Richter zweifelhaft, ob eine Druckschrift als Nachdruck oder unerlaubter Abdruck zu betrachten, oder wird der Betrag der Entschädigung bestritten, so hat der Richter das Gutachten eines aus Sachverständigen gebildeten Vereins einzuholen.

Die Bildung eines oder mehrerer solcher Vereine, die vorzüglich aus geachteten Schriftstellern und Buchhändlern bestehen sollen, bleibt einer besonderen von Unserem Staatsministerium zu erlassenden Instruktion vorbehalten.

¹ Die Lebensdaten der Mehrzahl der im Text erwähnten Personen sind dem Anhang II zu dieser Arbeit zu entnehmen.

² Das G wurde erst am 18.12.1837, sechs Monate nach der Unterfertigung durch den König, ausgegeben. Zu den Gründen dieser Verzögerung und eingehend zu dessen Vorgeschichte etwa *Wadle*, *UrhRG*, 167 ff. Die Fundsteller der zahlreichen im Text erwähnten Gesetze, Verordnungen, Ministerialerlasse pp. sind im Quellenverzeichnis aufgeführt. Wegen des Wortlautes der wichtigsten Bestimmungen siehe das „Verzeichnis der im Wortlaut aufgeführten Normen“.

³ So ausdrücklich *Rehbinder*, 150 Jahre, 328; vgl. auch *Gieseke*, *Privileg*, 241, *Vogel*, *Grundzüge*, 132.

...

§. 31. Der Richter hat, wenn Zweifel entsteht, ob eine Abbildung unter die Fälle des §. 18. oder unter die Fälle des §. 21. gehöre, ob ... ein Musikstück als eigenthümliche Komposition oder als Nachdruck, ... eine Nachbildung als unerlaubt zu betrachten, oder wie hoch der Betrag der dem Verletzten zustehenden Entschädigung zu bestimmen sey, und ob die ... als Bedingung gestellte Nutzbarkeit der Platten, Formen und Modelle noch stattfinde, in gleicher Weise wie §. 17. verordnet ist, das Gutachten eines aus Sachverständigen gebildeten Vereins zu erfordern.⁴

Die Bildung solcher Vereine, welche vorzugsweise aus Kunstverständigen und geachteten Künstlern bestehen sollen, bleibt ebenfalls der im §. 17. erwähnten Instruktion vorbehalten.“

Die in diesen Vorschriften erwähnten Persönlichkeiten standen der preußischen Justiz ab 1838 in drei ausschließlich in Berlin beheimateten Vereinigungen zur Seite: dem – (später) so bezeichneten – „Königlich Preussischen Literarischen Sachverständigen-Verein“, dem „Artistischen“ und schließlich dem „Musikalischen Sachverständigen-Verein“.⁵ Seit jenem Jahr wirkten deren durchweg der hauptstädtischen Bildungselite zugehörigen Mitglieder an zahlreichen in Preußen geführten Urheberrechtsverfahren mit.⁶ Namentlich die Vota des Literarischen Sachverständigen-Vereins avancierten schließlich zum Gegenstand auch der wissenschaftlichen Erörterung in ganz Deutschland, nachdem die in dieser Einrichtung mitarbeitenden, durchaus einer nachhaltigen Selbstdarstellung nicht abgeneigten Berliner Buchhändler, Literaten und Juristen ab 1848 ihre ursprünglich nur für die preußischen Gerichte abgegebenen Bescheide auch der interessierten Öffentlichkeit zugänglich machen konnten.⁷ Diesen Expertisen bescheinigt

⁴ § 18 verhält sich zu Zeichnungen und Abbildungen, die nicht Kunstwerke sind, § 21 verbietet die genehmigungslose Vervielfältigung von „Originalkunstwerken“ durch den Druck (Kupferstich pp.).

⁵ Die hier verwendete Schreibweise der Vereinsnamen folgt dem nachmaligen Vorsitzenden des Lit. SVV, Ludwig Eduard Heydemann, der eine Zusammenstellung der bis 1848 abgegebenen Vota seines Gremiums: „Sammlung der Gutachten des Königlichen Preussischen Literarischen Sachverständigen-Vereins“ nannte.

⁶ Schon in den ersten fünf Jahren seines Bestehens erteilte der Lit. SVV mehr als 20 GA. Bis Ende 1870 wurde er in über 140 Fällen aktiv; eingehend hierzu die statistischen Angaben im Anh. I. Die anderen Vereine scheinen nicht ganz so umtriebig gewesen zu sein: Nach einem Schreiben des damaligen Vorsitzenden des Art. SVV, Geh. RRat Sotzmann, hatte dessen Kollegium etwa bis zum 20.5.1844 nur drei GA abgegeben; *KultusM* 2, 187 ff. Auch später war der Art. SVV, wie den Akten *KultusM* 7/8 zu entnehmen, viel seltener gefordert, als sein literarisches Pendant. Gesicherte Zahlen liegen allerdings (noch) nicht vor. Der Mus. SVV wiederum votierte gar bis 1870 nur in ca. 30 Fällen; so *Heydemann*, Bedeutung, 3 Fn. 16.

⁷ Die Mehrzahl seiner Gutachten wurde in Sammlungen veröffentlicht: *Heydemann*, Slg (1848), *Heydemann/Dambach* (1863), *Dambach*, GA (1874), *Dambach*, GA II (1891), die wiederum mehr oder minder intensiv von so bekannten Größen

die Wissenschaft heute ohne weiteres, „neben der Rechtsprechung einen wesentlichen Faktor für die Weiterentwicklung des Urheberrechts“ bedeutet zu haben.⁸

Eine ähnliche Wertschätzung der Arbeit aller Vereine sollte schließlich die preußische Ministerialbürokratie dazu bringen, die Kollegien auch mit der Bewertung von Gesetzgebungsvorhaben auf dem Gebiet des Urheberrechts zu betrauen oder sie gar zur Erarbeitung kompletter Normentwürfe zu ermuntern.

Es kann deshalb nicht verwundern, daß die Vereine auch die Ablösung des preußischen Urheberrechtsgesetzes durch die entsprechenden Vorschriften des Norddeutschen Bundes und schließlich des Deutschen Reiches überstanden: Genau 33 Jahre nach Erlaß des bahnbrechenden Werkes von 1837 ordnete das wenig später in das Recht des Deutschen Reiches übergeleitete⁹

wie Max Friedländer, Julius Jolly, Max Lange oder Gustav Mandry genutzt wurden: *Friedländer*, 31; *Jolly*, 221 Fn. 15 ff.; *Lange*, 228 ff.; *Mandry*, 136 Fn. 34 (jeweils et passim). Für die Zeit nach 1870 etwa *Kohler*, Autorrecht, 260. Einige GA des Lit. SVV bis etwa 1845 sind auch anderweit, namentlich in Hitzigs „Allgemeiner Preßzeitung“, der preuß. JW und ab und an auch im „Börsenblatt der Dt. BH“ veröffentlicht. Etliche Vota wurden außerdem abschriftlich – in Einzelfällen auch urschriftlich – zu den Akten des Kultus- bzw. des JustizM genommen; hierzu näher im Anh. I.

Die Zahl der gedruckten Entscheidungen des Art. bzw. des Mus. SVV ist allerdings verschwindend gering, deren GA sind deshalb weitestgehend unbekannt; hierzu *Daude*, III, *Kaiser* 65, 33. Im Zusammenhang mit der Besprechung wichtiger Entscheidungen preuß. Obergerichte ist aber zumindest das Substrat einiger Erkenntnisse des Art. SVV überliefert: So referiert *Goltdammer*, Fälle, 618 ff., ein Erkenntnis des OT vom 13.5.1857 zur photograph. Nachbildung eines Kupferstichs, das auszugsweise auch das dazugehörige GA wiedergibt. Vollständige Entscheide dieses Vereins findet man mitunter in den Akten, so ein GA in Sachen Zimmermann ./ Krause vom 17.11.1860 in *KultusM* 8, Bl. 52 ff. (Musterzeichnungen) oder ein GA vom 25.6.1863 in *JustizM* 56, Bl. 281 ff. Das InnenM veröffentlichte darüber hinaus einen *Beschluß des Art. SVV vom 13.4.1852* über die Anmeldung von Kunstwerken. Von den GA des Mus. SVV ist eines – nämlich ein Votum vom 4.12.1840, das eine Sammlung von sieben Solfeggien als Nachdruck entsprechender Gesangsübungen von M. Bordogni ansah – in der bereits erwähnten PZ veröffentlicht; *Hitzig*, GA Mus. SVV vom 4.12.1840, hierzu auch *Kaiser* 62, 40. Eine weitere Expertise über ein Potpourri aus Motiven der Meyerbeerschen Oper „Dinorah“ findet man im preuß. JMinBl. von 1863; *GA des Mus. SVV vom 24.8.1860*. Kaiser erwähnt ein zweites GA in dieser Sache (*Kaiser* 65, 61).

⁸ So eine – allerdings nirgendwo belegte – Bemerkung von *Dölemeyer*, UrhR, 4014. *Ulmer*, 66, meint ebenfalls ohne nähere Begründung, die GA „des [sic!] ... Preuß. SV-Vereins [seien] von wesentlichem Einfluß auf die urheberrechtliche Rechtsprechung“ gewesen. *Friedländer*, 86, behauptete schon 1857, „das Institut der Sachverständigen [habe] sich für den Nachdrucksproceß zu hoher Wirksamkeit ausgebildet“ und stehe dem Richter „ersprießlich zur Seite“. *Waechter*, Autorrecht, 280, wiederum schrieb, die Bildung der SVV sei jedenfalls „von großem Wert“.

⁹ Hierzu etwa *Gamm*, Einf. Rn. 4.